



## **Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

45. Sitzung (nicht öffentlich)

26. August 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.20 Uhr

Vorsitz: Hannelore Brüning (CDU)

Stenographin: Dr. Hildegard Müller

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1 Notwendige Maßnahmen zur Umsetzung einer wirksamen Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel**

und

- 2 Bio- und Gentechnik im Dienst von Mensch und Umwelt verantwortlich fördern und nutzen**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/3798

1

Zu TOP 1 berichtet StS'in Friedrich (MURL).

Zu TOP 2 wird die Abstimmung auf die nächste Sitzung verschoben. Die Vorsitzende wird den federführenden Ausschuß für Wissenschaft und Forschung zu bitten, diesen Tagesordnungspunkt in seiner Sitzung am 15. September 1999 zu vertagen.

- 3**     **Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Nachtragshaushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3972

5

In der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 08, Bereich Wirtschaft - Änderungsanträge lagen nicht vor -, mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der CDU einstimmig angenommen.

- 4**     **Entwurf einer Verordnung über die Zuständigkeiten nach der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung und der Energieverbrauchshöchstwertverordnung**

Vorlage 12/2760

6

Der Ausschuß erhebt keine Einwände gegen die Verordnung.

- 5**     **EU-Stopp bei der Regionalförderung für die alten Bundesländer ab dem 1. Januar 2000**

6

StS Bickenbach (MWMTV) erstattet Bericht.

**6 Schaffung eines Umweltgesetzbuches 9**

StS'in Friedrich und StS Bickenbach tragen vor; es schließt sich eine Diskussion an.

**7 Große Ankündigungen, keine Taten - wo bleibt der Umweltpakt für NRW?**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/3967

14

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

**Nächste Sitzung:** 22. September 1999

\*\*\*\*\*



ähnlich wie die Gentechnik in der Lage gewesen wären, Arbeitsplätze zu schaffen, wenn sie ebenso subventioniert worden wären.

**Werner Bischoff (SPD)** zeigt sich einverstanden, daß der Wirtschaftsausschuß zum CDU-Antrag keine Stellungnahme abgebe. - **Christian Weisbrich (CDU)** spricht sich dagegen aus. Die CDU sei zwar grundsätzlich bereit, heute nicht abzustimmen, aber nur dann, wenn sichergestellt sei, daß der Wirtschaftsausschuß noch ein Votum abgeben könne. Vielleicht sei doch noch ein gemeinsames Votum des Ausschusses möglich, das einen Beitrag für den Wirtschaftsstandort und die Menschen des Landes leiste. Er regt an, den federführenden Ausschuß zu bitten, dieses Thema am 15. September 1999 zu vertagen.

**Vorsitzende Hannelore Brüning** sagt zu, diese Bitte schriftlich an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung zu richten. Außerdem werde sie Dr. Fritschi am 22. September 1999 in den Ausschuß einladen.

**3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Nachtragshaushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3972

**Christian Weisbrich (CDU)** bittet um Erläuterung der Verlagerungen im Nachtragshaushalt von Einzelplan 08 zu Einzelplan 15.

**StS Bickenbach** weist auf zwei inhaltliche Änderungen im Nachtrag hin:

Erstens. In Kapitel 08 10 - Ministerium - werde Titel 538 91 - Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte) - um 200.000 DM verstärkt. Damit solle ein Controllingssystem aufgebaut werden.

Zweitens. Es finde eine Verschiebung vom Wirtschaftshaushalt in den Verkehrshaushalt in Höhe von 2,5 Millionen DM statt. Denn das Projekt "Lockfort" in Duisburg-Rheinhausen habe sich erfreulicherweise besser und schneller entwickelt, als dies selbst bei größtem Optimismus vorherzusehen gewesen sei. Die Gesellschaft, an der auch das Land beteiligt sei, stehe wahrscheinlich kurz vor dem Abschluß eines Vertrags mit einem Global Player im

Logistikbereich. Dies mache es erforderlich, die Anbindung des Geländes durch den Neubau eines Teils der L 473 zu verbessern, damit der an- und abfahrende Verkehr aus der Ortslage Rheinhausen herausgenommen werden könne. Da es sich um eine Wirtschaftsfördermaßnahme handele, sei es gerechtfertigt, den Verkehrsetat aus dem Wirtschaftsförderungsetat anzureichern.

Zum Aufgabenverhältnis von MASSKS und MWMTV: Schon in der Vergangenheit seien Infrastrukturprojekte in den strukturschwachen Gebieten aus Ziel-2-Mitteln des Wirtschaftsministeriums gefördert worden. Es existiere eine interne Absprache, jeweils projektbezogen zu prüfen, ob es sich um wirtschaftsfördernde oder um mehr kulturelle Infrastruktur handele. Hierbei handele es sich um keine Verlagerung, da die Förderentscheidung beim Wirtschaftsministerium liege.

**Gesamtabstimmung siehe Beschlußprotokoll.**

**4 Entwurf einer Verordnung über die Zuständigkeiten nach der Energieverbrauchs-kennzeichnungsverordnung und der Energieverbrauchshöchstwertverordnung**

Vorlage 12/2760

- Siehe Beschlußprotokoll -

**5 EU-Stopp bei der Regionalförderung für die alten Bundesländer ab dem 1. Januar 2000**

**Vorsitzende Hannelore Brüning** schickt voraus, daß die CDU um die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes und außerdem um die Darstellung der Landesregierung gebeten habe, ob und auf welche Weise das Land Nordrhein-Westfalen auf den Ausfall der EU-Beihilfen reagieren werde.

**StS Bickenbach** berichtet:

Die derzeit geltende Fördergebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" läuft Ende dieses Jahres aus. Deshalb hatte der dafür zuständige Bund-Länder-Planungsausschuß am 25.03.1999 eine Neuabgrenzung beschlossen. Über die Ergebnisse dieser Diskussion hat der Wirtschaftsminister den Landtag mit Schreiben vom 29.03.1999 bereits unterrichtet.